

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Strache, Gradauer
und weiterer Abgeordneter

betreffend „**Solidarität statt Klassenkampf**“

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage des Abgeordneten Strache und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Finanzen betreffend „die verfassungswidrige Verschiebung der Vorlage des Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes 2011, in der 75. Sitzung des Nationalrates.

Im aktuellen Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, welches von SPÖ und ÖVP am 23. November 2008 vereinbart wurde, steht in der Präambel: *„Wir treten für Wachstum und die Sicherung der Arbeitsplätze ein. Mit zwei Konjunkturpaketen und einer Entlastung für alle Lohn- und EinkommenssteuerzahlerInnen und der Familien werden wir dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Und auf Seite 250: „Darüberhinaus haben sich die Koalitionspartner auch auf die Entlastung der Familien und aller Steuerzahler mit dem Schwerpunkt der Mittelstandentlastung geeinigt, wodurch die Steuer- und Abgabenquote deutlich gesenkt wird. Die Bundesregierung wird auch an einer Strukturreform im Bereich der Steuern arbeiten. Die strukturellen Fragestellungen des österreichischen Steuersystems sollen – unter Wahrung der Leistungsfähigkeit des Staates - in der Steuerreformkommission mit dem Ziel weiterentwickelt werden, die Steuer- und Abgabenquote zu senken.“*

Vor diesem Hintergrund überraschen die aktuellen Aussagen von Vertretern der Regierungsparteien. Der steirische Landeshauptmann Voves hat fordert eine strukturelle Steuerreform, die aus seiner Sicht schon am 1. Jänner 2011 in Kraft treten soll und die die Einführung diverser Steuern wie eine Vermögenszuwachssteuer und die Wiederbelebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer beinhalten soll. Bereits am 8. 4. 2009 hat die Zeitung "Österreich" von der Forderung des Wiener Bürgermeisters Häupl berichtet, der auf die Einführung neuer Vermögenssteuern beharrt. Somit soll die Abgabenquote in Österreich nach den Plänen führender Funktionäre der Regierungspartei SPÖ offenbar massiv erhöht werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, die eine Rückführung der Stiftungseingangssteuer auf 5% wie bis 31.7.2008 (derzeit 2,5%) und eine transparente Darstellung von Managerentlohnung vorsieht, indem Aktienoptionen oder andere Boni-Modelle in den Geschäftsberichten veröffentlicht werden."

SK
A. Krumm
Heint
Lofner
A. Pichler
25/8/10